

Beilage zum „Niefaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintzsch, Niefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 15. Verantwortlich für Redaktionen: J. Zischgraber, Niefa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittler, Niefa.

Nr. 156.

Donnerstag, 10. Juli 1919, abends.

72. Jahrg.

Die Ratifikation des Friedensvertrages.

Nationalversammlung.

Haus und Tribünen sind sehr hart besetzt. Präsident Behrendsohn eröffnet die Mittwochs-Sitzung erst um 10 Uhr 15 Minuten. Tagesordnung:

Ratifikation des Friedensvertrages.

Von der Deutschnationalen Volkspartei ist eine Entschließung eingebracht worden, die Ratifikation vorzunehmen unter einem an sichlichen Vorbehalt betr. Art. 217 bis 230 betr. Unterordnung der Frage von der Schuld am Kriege durch einen neutralen Gerichtshof. Dazu wird in der 2. Sitzung Stellung genommen.

Reichsminister des Auswärtigen Müller

schlägt aus: „Austretensverhältnis bleibt heute und immer unser einflussreicher Protest gegen diese Vertrag gewordenen Vertragsgewaltigung, aber ebenso unsere Inanspruchnahme der Vertragsverletzung bis zum äußersten; aber für die Grenze der Erklärbarkeit darf keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir haben die Ratifikation beschleunigt, da auch die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Wenn das Wort Frieden nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen leicht erfolgen. (Beifall) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten und dem Papst für unsere Kriegsgefangenen von ganzem Herzen. Wir haben nicht die Macht zu verhindern, daß ein Teil von Deutschland abgerufen werde ohne Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen werden, wie wir auch fest glauben, daß sie nie niemals vergessen und verlernt werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit all den Kräften, die uns verbinden, so unterstützen, daß in unseren Schwermern und Brüdern, die uns entziffen werden, das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit noch bleibt, bis in einem wahren Bund der Völker alle fruchtigen nationalen Probleme eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achtende Lösung findet.“ (Beifall)

Abg. Krähig (Soz.): Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Verschönerung der Völker hinterläßt und Europa zu einem Exploitationsfeld für neue blutige Kriege zu machen droht. Nie werden wir uns damit abfinden, daß man unser Vaterland in Stücke reißt und eine große Anzahl von Volksgenossen unter fremde Herren zwingt. Unzweifelhaft bleibt das Bündnis mit Vesterreich und die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes in einen Einheitsstaat vereint werden. Protest erheben wir gegen die Wegnahme der Kolonien. Der unser Volk als den Schuldigen am Kriege hinstellt, trägt eine wissenschaftliche Unwahrheit aus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag loyal durchzuführen. Wir sind aberzeugt, an einem Tage wird sich die Macht der internationalen Massenbewegung stärker erweisen, als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerzulen werden.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Der Friedensvertrag ist das Ergebnis einer uns bis über den Friedensschluss hinaus verfolgten Unversöhnlichkeit. Wir können trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwange. Binnen kurzem wird sich zeigen, daß der Friedensvertrag in viel zu und wesentlichen Teilen unersetzlich ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Schilling (Dem.): Die demokratische Fraktion erklärt, daß sie dem Vertrag nicht zustimmen kann. Einig wollen wir uns mit dem ganzen Hause in der moralischen Beurteilung des Friedensvertrages. Wir protestieren feierlich vor aller Welt gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir setzen unsere Hoffnung auf das Gewissen der Welt und auf das Weitermachen und Erfolgen des Rechtsgedankens. (Beifall)

Abg. Dr. Traub (Deutschnat.): Der Vertrag ist unersetzlich, das werden wir immer wiederholen. Es wird kommen der Tag der deutschen Rettung. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! Die Ehre ist alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nicht vernarben, sie soll nicht vernarben. (Stürmischer Beifall rechts, lebhafter Beifall und Handklatschen auch auf den Tribünen, was Präsident Behrendsohn rügt.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Die deutsche Volkspartei wiederholt nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ablehnung. Wir bitten und ermahnen das deutsche Volk, die Reihen zu schließen, fleißig zu arbeiten und den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren. Wir lehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall)

Abg. Henke (Unabh.): Wir können dem Friedensvertrag zu unter dem Zwange der Gewalt, gegen die wir uns nicht wehren können. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Auslieferung der Gefangenen. Wir gründen die Flammenschein innerhalb der revolutionären Arbeiterklasse im Osten und Westen Europas und reichen den Protestieren der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampfe für die Weltfreiheit.

Abg. Winnig (Soz.) legt im Namen der Abgeordneten des deutschen Chens, zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung in dieser weltgeschichtlichen Stunde einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Verkündung des deutschen Chens. Einig wird kommen der Tag, da der Sieg des Rechtes das Unrecht von Versailles wieder gut machen wird. (Beifall)

Desgleichen der Abg. Klepette (Zentr.) legt namens der Abg. und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete Verwahrung ein und der Abg. Waldstein (Dem.) im Namen der Abg. Schleding-Doikeins. Präsident Behrendsohn: Ein echter deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Esah-Verbringen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Abg. Schiffer (Dem.) zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause, damit wir innerhalb der Fraktionen zu der überstehenden Entscheidung der Deutschnationalen Stellung nehmen können.

Der Präsident verfährt unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlag des Abg. Schiffer und beruft die nächste Sitzung auf 12 Uhr ein.

Um 12 Uhr 25 Minuten eröffnet Präsident Behrendsohn wieder die Sitzung. Das Haus geht zur

zweiten Beratung des Ratifikationsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschnationalen ihre Entschl-

ung umgedeutert und zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst gemacht.

Abg. Schiffer (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen, bedauern, daß er überhaupt eingebracht wurde. Offenbar verbindet die Partei des Herrn Schulz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Sehr richtig und lebhafter Zustimmung bei den Reichsparteien, stürmischer Widerspruch und Plurale rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.): Unser Antrag ist der letzte Schritt nach Verechtheit eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller: Die Zeit der Vorbehalte ist vorbei. Heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Was würden unsere Feinde in diesem Antrag sehen? Nichts weiter als ein letztes Mandat, als eine letzte Schließung. (Sehr richtig und lebhafter Zustimmung der Reichsparteien.) Nur mit lokalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Mitteln wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Hime (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern auch die ganze Rede des Abg. Traub widerspricht der Würde dieser Stunde.

Abg. Dr. Debrück (Deutschnat.): Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überraschen.

Abg. Gasse (Unabh.): Der Abg. Traub hat deutlich gesagt, daß die Sache (nach rechts) nur Parteinteressen verfolgen. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzentwurfes ohne Abänderungen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Behrendsohn tritt das Haus sogleich in die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt. Auf Antrag des Abg. Müller-Ohlrichen (Deutschnat.) erfolgt namentliche Abstimmung. Daraus beteiligen sich 123 Abgeordnete, 108 mit Ja, 115 mit Nein. Damit ist das Gesetz angenommen.

Nächste Sitzung nachmittags 3 Uhr.

Präsident Behrendsohn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten.

Vorlesung der Beratung der Steuervorlagen.

Abg. Graf v. Posadowsky (Deutschnat.) äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung überhaupt der zehnjährige Krise für die Beratung der Steuervorlagen sei. Sie sollte sich doch nur unrichtig mit der Verfassung beschäftigen und dann gleich Wahlen ausgeschrieben. Der Gedanke der Steuerzentralisierung im Reich bedarf noch der Klärung. Wesentlich habe der neue Finanzminister im Kampfe gegen den Partikularismus in Finanzfragen mehr Glück als seine Vorgänger. Bei der richtigen direkten Steuer ist ein Ausbau der indirekten Steuern unbedingt geboten. Wir müssen vor allem sparen auch in Kulturausgaben.

Finanzminister Erzberger: Sämtliche Redner befanden, mit erstem Willen an der Sanierung der Finanzen mitzuarbeiten. Nach dem grundlegenden Gesetz ist die Nationalversammlung berufen, dringliche Reichsgesetze zu beschließen. Das dringlichste ist aber die Sanierung unserer Finanzen. Auf dem letzten Frieden, der nicht dauern wird, wird ein der gewöhnliche Nationalstaat entstehen. In dieser Richtung wird auch der Finanzminister gehen. Die Steuerfrage ist keine Folge der Revolution. Es sind nur die bestehenden Klassen, die die Revolution benutzt haben, um vor der Steuer auszukommen. Sie haben dadurch ihrer Vaterlandsliebe ein außerordentliches Zeugnis ausgesetzt. (Beifall) Die Vergütung des Heeresgutes ist nicht nur der Eigenmächtigkeit einiger A- und S-Räte zuzuschreiben, sondern auch eine Folge der Pflichtverhältnisse militärischer Stellen und mancher Verwaltungsorgane. Zum Kapitel Sparsamkeit nur ein! Für die sozialisierten Betriebe bin ich als Finanzminister nicht in der Lage, Zuschüsse aus Mitteln der Allgemeinheit zu geben. Wenn die Postverwaltung a. B. so teuer arbeitet, daß sie für 1918 mit einem Defizit von 882 Millionen, von denen allerdings 800 Millionen durch Erhöhung der Gebühren gedeckt werden, abschließt, so muß ein solches Defizit mehr zahlen. Die Gehälter der Postbeamten sind keinesfalls zu hoch, im Gegenteil, gegenüber denen weiterer Arbeiterkreise sind sie zum Teil als zu niedrig anzusehen. Weiteren Forderungen aber entgegenzukommen ist undenkbar, denn das wäre eine Schande ohne Ende.

Abg. Sturm (Unabh.): An den Händen der Vergangenheit, besonders in der leichtfertigen Finanzwirtschaft, trägt das Zentrum die größte Schuld. Von dem Gesche der neuen Zeit ist in dieser Vorlage auch nicht die Spur zu finden. Dessen kann uns nur eine Sozialisierung im Sinne von Marx und Engels, also eine Sozialisierung, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommt. Gesehen das, dann wird auch für die Arbeitermassen das Wort gelten: Arbeiten und nicht verzweifeln! Dann wird die Arbeit für den Sozialismus eine neue Wirtschaftsbildung ausbauen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Dr. Beder-Bessen (Deutsche Vp.): Die Kritik, die Herr Erzberger an der Ausführung seines Vorgängers Deffler's geübt hat, ist zumindest in der Form sehr eigenartig, denn sie geht direkt an dessen Ehre. (Sehr richtig; rechts.) Erfreulich ist, daß der Streit zwischen Reich und Einzelstaaten über die Ausnutzung der Steuerquellen verschwunden ist. Von den direkten Steuern allein ist der Bedarf nicht zu decken. Wir brauchen eine gesunde Mischung von direkten und indirekten Steuern. Man kann einen solchen Kader von Steuern nicht über das Volk ausgleichen, ohne den ganzen Hebungensplan der Regierung zu kennen. Man sollte nicht gar zu leichtfertig mit dem Begriff des Begüterten der großen Vermögen umgehen, denn dadurch wird das Geld weggenommen, das zum Wiederaufbau der Wirtschaft nötig ist. Den gewaltigen Verlust an Ansehen und Vertrauen dürfen wir nicht noch dadurch steigern, daß wir die Kriegsanleihen entwerten. Mit altpreussischer Sparsamkeit müssen wir uns wieder emporrichten. Sie muß einsehen bei den höchsten Stellen, im Ministerium und bei den Ministern selbst. Die Steuererlässe dürfen nicht zur Konfiskation oder, nach dem heutigen Ausdruck, zur Sozialisierung führen.

Damit schließt die Besprechung. Die sämtlichen Steuervorlagen werden auf Antrag Schiffer (Dem.) an drei Ausschüsse von je 25 Mitgliedern verwiesen. Das nach zur dritten Beratung stehende Reichsbedienstetengesetz wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Verfassungsentwurf

Sitzung der Sächsischen Volkstammer.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand zunächst folgende Interpellation der Fraktion der Sozialdemokr. Partei: „Bei der Regierung Mittel an der Hand, um der berechtigten Forderung von COH und Frägemühle begangen zu werden?“

Abg. Endermann (Soz.) machte in der Begründung dazu unseren eigenen Volksgenossen den Vorwurf, daß sie an der Verteuerung der Lebensmittel schuld seien. Nach Darstellung des Wirtschaftsministers Schwarz hat es die Reichsgemeinschaft abgelehnt, das COH und Frägemühle zu bewirtschaften. Den Einzelhändlern würde nicht zu etwas über die Zentralfabrik hinaus zu tun. Die gegenwärtigen Zustände seien nicht dauernd haltbar. Es müßte nichts weiter übrig, als eine Reorganisation zu schaffen mit Hilfe der organisierten Arbeiter. Die Regierung wolle für die Arbeitshauptmannschaften Ueberwachungs- und Kontrollstellen einführen. Durch Vermögensverhältnisse könne keine Besserung geschaffen werden, aber ein müßte gegeben werden, daß die Verteuerung bei den Kommunalveränden nicht immer eine geordnete sei.

Darauf wies Finanzminister Rißke den Vorwurf zurück, daß die hohen Postpreise der COH-Forderungen an den Staatsbanken die unerlöschlichen Preise verursacht hätten.

Nach Ansicht des Abg. Günther (Dem.) kann nur ein wieder in seine Rechte eingeleiteter solider Handel die letzten unliebsamen Erscheinungen beseitigen.

Abg. Langer (Unabh.) hielt als wirksamstes Mittel gegen den Wucher die kräftige Erfassung beim Erzeuger für angebracht und machte der Justiz den Vorwurf, daß sie sich an eine derartige Materie nicht heranwage.

Demgegenüber betonte Justizminister Dr. Garmsch, daß dies jetzt gegen alle bekanntgewordenen Vorfälle eingeschritten worden sei.

Abg. Kammelsberg (D. N.) machte den Kommunalverbänden zum Vorwurf, an den hohen Postpreisen einen großen Teil der Schuld zu tragen und führte die hohen Gewinnpreise auf die gesteigerten Entstehungskosten zurück.

Darauf wandte sich Abg. Müller (D. V. P.) gegen die Ausführungen des Wirtschaftsministers. Bei einem, der so viel rationiere, müsse man fragen, was er selbst leide.

Nachdem sich Minister Schwarz gegen die Angriffe seines Vorgesetzten verteidigt und Abg. Gölzner (Soz.) nur im leichten Zugreifen und Erlaßen des Vorhandenen eine Besserung erblickt hatte, gab Abg. Fellisch (Soz.) nicht den Stadverwaltungen die Schuld an den hohen Preisen, sondern der Schlenkriemwirtschaft der Reichszentrale. Nach nochmaligen Ausführungen des Finanzministers und nach kurzen Darlegungen der Abg. Fleißner (Unabh.) und Lange (Soz.) legte Abg. Hofmann (D. N.) dagegen Verwahrung ein, daß man unserer Landwirtschaft den Vorwurf gemacht hätte, verbrecherisch am Volke gehandelt zu haben.

Darauf beschloß die Kammer nach einer längeren Aussprache zur Petition des Vorstandes des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Berlin auf Eröffnung einer entsprechenden Vertretung in dem in Aussicht genommenen Forschungsinstitut für die deutsche Textilindustrie, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß sie bei der Reichsregierung mit Nachdruck darauf hinweise, daß das in Aussicht genommene Forschungsinstitut für die deutsche Textilindustrie in Dresden errichtet werde und daß den im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung dieses Instituts gesichert werde.

Darnach wurde ein vom Finanzausschuss A abgeänderter Antrag der Demokratie angenommen, wonach die Regierung ersucht wird, unverzüglich eine grundsätzliche Regelung über die Aufbringung der Schulden, die Teuerungsalagen für die Volksschulen in weitem Umfang als bisher auf die Staatskasse zu übernehmen.

Berichtung der Volkstammer. Im Anschluß an die gestrige Vollversammlung der Volkstammer fand eine vertrauliche Besprechung statt, in der, wie der Vertreter des D.S.V. feststellte, die Frage einer sofortigen Vertagung der Kammer erwogen wurde, weil infolge der sich täglich steigenden Kohlenpreise die erste Gefahr besteht, daß der Veronesenüberkehr in Sachsen eingestellt werden muß. Die Demokratie wünschte eine sofortige Vertagung bis über acht Tage, die Unabhängigen machten den Vorschlag, in höchster Not, um die Abgeordneten nach Hause zu bringen, Personenwagen an die Güterzüge anzuhängen. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, zwei Mitglieder der Kammer in das Widad-Verzeichnis Kohlenlieferer zur Behebung der Streitigkeiten zu entsenden. Nach längerer, äußerst reger Aussprache kam man dahin überein, ungeachtet der ebenl. eintretenden Umstände und in Anbetracht des zu erledigenden wichtigen Beratungsstoffes bis Ende dieser Woche, wie schon früher vorgesehen, durchzutagen.

Das Ende planloser Planwirtschaft.

Der Vertreter der Plan-, das heißt der Planwirtschaft nach dem sozialdemokratischen Programm, Wirtschaftsminister Wiffel, hat mit seinen Plänen zur Verwirklichung des Renten- und Nationalisierungssystems Schriftbruch erlitten, und zwar bezeichnender Weise gerade durch den Widerstand ebenso parteiprogrammgerechter „Genossen“. Sein voraussetzlicher Nachfolger, der mehrdeutige sozialistische Reichsernährungsminister Robert Schmidt vor allem war es, der aus den Ästen seines Amtes und den praktischen Erfahrungen heraus die Verwirklichung des Parteiprogrammes glatt ablehnen mußte, da sie zur Erzielung des noch verbliebenen Restes von wirtschaftlicher Lebensfähigkeit im Deutschen Reich geführt hätte. Koch auf dem Generalschaftsamt in Nürnberg hatte Wiffel den Beifall für sein Planwirtschaft einheimen können, aber die harte Wirklichkeit ließ es zerbrechen. Was diesem System vor allem und mit Recht zum Vorwurf gemacht wurde, war, daß es in der kritischen Zeit den zerrütteten Wirtschaftskörper Deutschlands als Verwundbarkeitsmittel betrachtete. Und die Dosen dieses Wiffel'schen Heilmittels waren bis jetzt nur angetan gewesen, das deutsche Wirtschaftsleben noch weiter herunterzubringen. Wiffel's Sozialisierungsprogramm, dessen gestriger Vater Herr von Moellendorff gewesen, entsprach nicht einmal dem Programm und der Auffassung von Karl Marx, dem Führer der Sozialdemokratie. Nach Marx ist eine Sozialisierung nur möglich, wenn ihre Vorbedingungen vorliegen, aus dem Schoße der Weltwirtschaft heraus gegeben sind. Erst wenn alle Wirtschaftsbetriebe reif sind, erfolgt nach Marx die Sozialisierung fast mechanisch, vor allem aber schmerzlos. Die Anknüpfungstheorie, die demgegenüber immer wieder als Recht geltend gemacht wurde, ist